

Der Weltwährungsfonds im Kreuzzug gegen Reallöhne.

Studie verstaubt hoffentlich

Eine Studie des Weltwährungsfonds (IWF) führt die hohe Arbeitslosigkeit in Europa auf den scharfen Anstieg der Reallöhne in den letzten zwanzig Jahren zurück. Sie rät Europa, nicht so sehr mit Zinssenkungen und leichter Geldpolitik die Wirtschaft zu stützen, wie Reagan und Baker empfehlen, sondern die Reallöhne nicht zu verbessern. Die billigeren Rohstoffe erweiterten die Kaufkraft genug.

Nachdem der Weltwährungsfonds schon die Dritte Welt in eine tiefe Deflation gestürzt hat mit seinen Rezepten von Lohn-, Subventions- und Budgetabbau, soll nun Europa beglückt werden. Wir haben einigen Grund, den Folgerungen des IWF zu misstrauen.

Für die letzten zwanzig Jahre werden in den USA niedrige Produktivitäts- und Reallohnzunahmen, dafür aber grosse Beschäftigungszuwächse festgestellt. In Europa dagegen gehen hohe Produktivitätssteigerungen, merkliche Reallohnschübe und Beschäftigungsstagnation einher. Dem verführerischen Schluss, wenn etwas gleichzeitig ablaufe, dann laufe das eine wegen des andern ab, widerstand da der Weltwährungsfonds nicht. Hingegen fasst die OECD eine Studie zum gleichen Thema ganz anders zusammen: „Es ist unmöglich, aus den Resultaten allgemeine, einfache Schlüsse zu ziehen.“ Nur gerade in den USA stelle man eine schwache Gegenläufigkeit zwischen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung der Arbeiter fest. Hingegen in Japan und Kanada sei es umgekehrt. Tatsächlich müsste Japan eine Riesenarbeitslosigkeit kennen, weil die Produktivität rascher anstieg als anderswo, die Reallöhne noch rascher als in Europa. Dass wahrscheinlicherweise bessere Löhne als Folge der Produktivitätsleistung kamen, hält der IWF offenbar nicht für möglich.

Produktivität als Geissel

Der Weltwährungsfonds geht auch von einer problematischen Begründung aus, warum die Produktivität zunehme und warum die Arbeitsintensität der Produktion und damit die Arbeitsplätze abnehmen. Seien die Lohnanstiege hoch, rationalisierten die Unternehmer. Unter speziellen Umständen (gleichzeitig hohe Nachfrage und Arbeitskräfteknappheit) mag dies stimmen. Hingegen stimmt der Umkehrschluss keinesfalls, dass bei Ausbleiben von Lohnerhöhungen Rationalisierungen unterbleiben. Da kommt es auf viele andere Umstände, etwa den internationalen Konkurrenzdruck, an. Grundsätzlich aber wird der Rationalisierungsentscheid vor allem abhängig sein von den vorhandenen technischen Möglichkeiten, den Wettbewerbsverhältnissen und der Verfügbarkeit von Kapital. Bei tiefen Löhnen dürften gerade die Gewinne höher und damit Kapital zur Rationalisierung vorhanden sein, bei steigenden Löhnen aber nicht. Auch Erweiterungsinvestitionen dank tiefem Lohn- und hohem Gewinn-Niveau sind unwahrscheinlich, weil tiefe Löhne keine Kaufkraft für die Abnahme solcherart produzierter Waren abgeben. Zentral ist aber die Technik: Eine leistungsfähigere Maschine ist der Feind der alten Anlagen; und allein durch normale Amortisation zieht sie in die Fabriken ein.

Beneidenswerte Arbeitsplätze

Die 50 Prozent höhere Arbeitsplatzzahl in den USA seit 1965 ist nicht einfach in hochqualifizierten Technologie- oder Dienstleistungsunternehmen eingerichtet worden. Vielmehr sind tiefproduktive, tiefentlohnte Dienstleistungsplätze emporgeschossen. In den alten Prestigeindustrien, wo tatsächlich auch verschiedene Prestige-Gesamtarbeitsverträge abgebaut wurden, wie bei Stahl, Autobau, in Werften und Minen, wurden im Saldo Arbeitsplätze abgebaut - ganz entgegen der Theorie des Weltwährungsfonds.

Europa wählt einen anderen Weg. Einmal kann man aus kulturellen und sprachlichen Gründen schottische Arbeitslose selten nach den südinglischen Technologieparks verpflanzen, schon gar nicht lothringische Stahlarbeiter. Zweitens kennt Europa zugegebenermassen grosszügigere Arbeitslosenentschädigungen, welche die Leute nicht dazu verdammen, jedweden Putzjob bei einem Neureichen anzunehmen. Ist das so schlimm? Ferner sind in Europa gewisse institutionelle, aber auch psychologische Behinderungen gegen die unkomplizierte Neugründung kleiner Firmen vorhanden. Auch in den USA haben die grossen Firmen munter abgespeckt, während allein von 1980 bis 1982 durch Kleinunternehmen 2,650'000 neue Lohn-Arbeitsplätze angeboten wurden, ganz abgesehen von jenen der neuen Einzelwerbenden.

Umfeld beachten

Europas Industrie hat in den letzten Jahren eine dramatischere Entwicklung als jene der USA durchgemacht. Die USA starteten diese Periode auf einem damals hohen Produktivitätsstand. Europa begann sich aber zum 300-Millionen-Markt zusammen zu schliessen, alte geschützte Industrien abzubauen. Dieser Strukturwandel ist noch im Gange und schuf seine Opfer unter den Beschäftigten. Europa ist aber heute sehr wettbewerbsfähig geworden, während die stagnierende Produktivität in den USA die Industrie einschlafen liess - als Folge kracht sie heute unter den hohen Einfuhren und den Handelsdefiziten zusammen. Vor allem ein US-Staatsdefizit gigantischen Ausmasses, das der Währungsfonds sonst gerne rügt, hilft eine konjunkturelle Scheinblüte herbeizuzaubern - aber die Industrie stagniert schon heute.

Wenn der IWF schon rein betriebswirtschaftlich argumentiert (hohe Löhne rufen Maschinen), anstatt auch die Lohnkaufkraft und damit höhere Produktnachfrage zu beachten, dann sollte er aber das ganze Kostengefüge ansehen. Da lassen sich die Zinsen nicht beiseiteschieben. So erleichtert in der Schweiz, und erst recht in der stärker fremdfinanzierten europäischen Industrie, ein Prozent Zinssenkung die Kostenrechnung der Firmen um so viel wie ein eingespartes Lohnprozent. Diese Zinssenkung aber ist angesichts der tiefen Inflation in den meisten Ländern nötig, weil die Realzinsen hoch und würgend wurden. Auch in der Schweiz sind sie mit gegen 4 Prozent auf Rekordniveau.

Wir senden von diesen Überlegungen und Tatsachen her die Studie gerne über den Atlantik zurück und hoffen, sie verstaube dort in den Schubladen. Die Welt wird besser dran sein.

Beat Kappeler.

Berner Tagwacht, 11.9.1986.

Personen > Kappeler Beat. IWF. TW, 1986-09-11